Nr. 161 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 17. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 5 30, 13 5 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 36 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.00, mit Platzvorschrift M. 3.— Für Firmen- oder Familien 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgesetzten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 %. Sondernachlaß. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" mon. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10; B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55. Postbezug im Ausland n. Eintragung in den Postlisten. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Friedensaussichten

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten V.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 15. Juni

Obwohl das Programm des Viererrates bis Montag mittag noch sehr umfangreich ist, lassen offiziöse Pariser Meldungen keinen Zweifel, daß im Laufe desselben Tages die Ueberreichung der Antwortnote auf die deutschen Gegenvorschläge erfolgen wird. Am Sonnabend abend erfuhr man aus Paris, daß folgende Punkte noch nicht endgültig entschieden seien, nämlich die Bestimmungen über Danzig, über die linksrheinische Besatzung, über den Kieler Hafen, über die noch für nötig erachtete Abänderung des Rückkaufes des Saar-Gebietes. Wilson und Lloyd George mußten deshalb von ihren geplanten Reisen nach Belgien und London absehen. Man darf aber, wie Pariser halbamtliche Mitteilungen betonen, die Unterhandlungen über die Fragen innerhalb des Viererrates nicht so auslegen, als ob noch grundsätzliche Erörterungen stattfänden. Es wird erklärt, daß die Umrisse bereits geschaffen seien, man müsse bloß noch den Text verschiedener Stellen schärfer und präziser fassen. Deshalb nennt die offiziöse Pariser Presse Sonnabend und Sonntag die Tage der Präzisierungen. Genaues über diese sogenannten Präzisierungen war nicht zu erfahren. Gewiß ist, daß in letzter Stunde Abänderungen vorgenommen werden, welche nicht ganz dem Geist Clemenceaus entsprechen.

Besonders fällt auf, daß in den aus Paris vorliegenden Meldungen die polnische Frage in einem neuen Lichte erörtert wird. Clemenceau scheint von Foch den Rat erhalten zu haben, Deutschland mit Repressalien zu bedrohen, falls es sich polnischer Angriffe auf Oberschlesien erwehren sollte. Sogar Beschießungen offener deutscher Städte soll Foch als Vergeltungsmaßnahme empfohlen haben. Ein Antrag Clemenceaus im Sinne des Marschalls fiel indes heute durch. In der Danziger Frage bestehen noch Differenzen zwischen Frankreich und England, wobei zu bemerken ist, daß Japan seine wirtschaftlichen Interessen in der Benutzung Danzigs klarstellte. Die anglo-amerikanische Anregung über die Verwendung von Zivilbehörden im besetzten Rhein-Gebiet und die Beseitigung der militärischen Okkupation nach 12 Monaten war bis Sonnabend abend noch nicht entschieden. Foch arbeitet hinter den Kulissen mit Feuereifer und wird dabei von einem Teil der Presse unterstützt.

Erwähnt sei, daß die Entschädigungsfrage eine langwierige Untersuchung erfordert, weil sie eng verknüpft ist mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Soweit man den vorliegenden Mitteilungen aus offiziösen amerikanischen Quellen Glauben schenken kann, liegt dem Viererrat ein Zusatzantrag vor, dahingehend, daß Deutschland nach freiwilliger Bestimmung des Maximums seiner finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit etwa fünf Monate nach Unterzeichnung des Vorfriedens die erste große Milliardenrate entrichten soll. Auf Grund dieses ersten Beweises seiner Zahlungsbereitschaft soll Deutschland „an die Tür des Völkerbundes klopfen" und Eintritt erhalten.

Die äußerst wichtige Frage, ob die Entschädigungskommission mit der von Deutschland vorgeschlagenen Rate einverstanden sein wird, oder ob sie unerfüllbare Gegenwünsche äußern kann, bleibt offen. Man gewinnt den Eindruck, daß es sich hier um eine in sympathische Form gekleidete Finte handelt, die das deutsche Volk späterhin in arge wirtschaftliche Bedrängnis bringen könnte. Ferner liegt dem Viererrat ein amerikanischer Vorschlag vor, dahin lautend, daß die amerikanischen Großbanken den am schwersten vom Kriege betroffenen Entente-Staaten einen Vorschuß auf die kommenden deutschen Entschädigungszahlungen leisten würden, unter Verpfändung von Zollgebühren der betreffenden Länder. Es scheint, daß Italien infolge seiner schweren Gelübde seine territorialen Wünsche aufgeben mußte und Anschluß an die amerikanische Hochfinanz sucht, um an dem Darlehnsvorschlag selbst unter Hingabe von Zöllen teilzunehmen.

Vorbereitungen der Ueberreichung

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dem Grafen Brockdorff-Rantzau wurde heute offiziell mitgeteilt, daß ihm die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge am Montag überreicht werde. Der genaue Zeitpunkt der Ueberreichung ist noch nicht festgesetzt. Deutschland soll eine Frist von fünf Tagen zur Annahme oder Zurückweisung eingeräumt werden. Diese Frist wird von dem Augenblick an laufen, an dem die Uebergabe folgender Dokumente an den Grafen Brockdorff erfolgt:

1. Ein Brief, der von Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Mächte unterzeichnet ist, in dem die allgemeinen Prinzipien enthalten sind, die den Friedensbedingungen zugrunde liegen;
2. der Nachträge, die Bezug haben auf die durch die deutschen Gegenvorschläge aufgeworfenen Fragen;
3. der Zusätze zu denjenigen Artikeln der Präliminarien vom 7. Mai, die vom Viererrat abgeändert wurden.

Wegen der Auffassung Deutschlands zur Liga der Nationen steht die Antwort der Alliierten vor, daß sie zu einem ziemlich naheliegenden Zeitpunkt, jedoch unter der Bedingung nur wird erfolgen können, daß Deutschland im voraus die Garantien gibt, die in dem Pakt vorgesehen sind. Ueber die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen wollen sich die alliierten und assoziierten Mächte in nächster Zeit verständigen. Es wird keine Anspielung gemacht auf die Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes. Was die Schlußberatung über die Grenzen betrifft, so wird die Volksabstimmung in Oberschlesien innerhalb einer Frist von sechs bis achtzehn Monaten stattfinden und diejenige in Schleswig sich nur auf zwei und nicht auf drei Zonen erstrecken. Die für den Schutz der deutschen Minderheiten getroffenen Maßnahmen werden sich auf keinen Fall auf Elsaß erstrecken, das rein französisches, von den Deutschen zurückgenommenes Gebiet sei.

Neue „dehnbare" Bestimmungen?

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten V.-Sonderberichterstatters)

Versailles, 15. Juni

Die französische Regierungspresse hat ihre ganze Kraft eingesetzt, um dem deutschen Volk die ungeheure Tragweite der Nichtunterzeichnung vor Augen zu führen. Sie spricht wieder von dem gemeinschaftlichen Entschluß der Alliierten, mit Gewalt den Frieden zu erzwingen. Die Marschrouten der Armeen sind den Offiziösen zufolge Elberfeld, Hannover, Hamburg, Ulm. Die Grenze nach Holland wird restlos abgesperrt. Die Bewegungsfreiheit wird den eventuell ins Innere Deutschlands strebenden Bewohnern der westlichen Gebiete verboten. Es wird betont, daß die Bestimmungen der Antwortnote sehr „elastisch" seien, ein berüchtigtes Wort, das aus der Zeit des Waffenstillstandsabkommens schon bekannt ist. Wieder soll durch unklare Bestimmungen den französischen Auslegern, die andem nach dem Leitmotiv „Macht geht vor Recht" handeln, Gelegenheit geboten werden, alles so auszulegen, wie es ihnen paßt. Der Waffenstillstandsvertrag bietet hierfür ein überzeugendes und abschreckendes Vorbild. Die Antwortnote muß besonders nach dieser Richtung, d. h. nach ihrer gleichen Fassung und ihrem einwandfrei verständlichen Inhalt geprüft werden. Ganze Zusagen können nicht berücksichtigt werden, wenn sie auch scheinbar den Geist des Entgegenkommens zeigen. Die Uebergriffe, die sich die Franzosen bei der Interpretierung des Waffenstillstandsvertrags leisteten, sind so schlimmer Art, daß man sie heute nicht mehr in dem Vorfrieden zu neuem Leben erwecken darf. Die Forderung des Augenblicks lautet: „Klar und ruhig urteilen, die Zugeständnisse sachlich prüfen und die Spitzfindigkeiten herausholen." Das ist die Ansicht erfahrener deutscher Delegierter, die von den Waffenstillstandsverhandlungen viel wissen und die Dialektik der Franzosen kennen.

Noch keine Antwort

Ueber den Stand der Friedensangelegenheit unterrichtet folgende Wolff-Meldung: Der „Matin" berichtet, daß die Ueberreichung der Antwort der Alliierten amtlich auf Montag nachmittag festgesetzt ist. Es wird keine besondere Zeremonie geben, sondern ein Attaché des Ministeriums des Aeußern wird das Dokument genau wie eine gewöhnliche Note dem Legationsrat Freiherrn v. Lersner überreichen. Der Brief, welcher dem Dokument beigegeben wird, soll festen Tones sein und bestätigen, daß jede Diskussion geschlossen ist und daß die Deutschen nur noch mit ja oder nein antworten können. Ueber die Haltung Deutschlands kann man zur Stunde noch nichts vermuten, da sie ausschließlich von Inhalt und Form der Antwort der Alliierten abhängen wird. In amtlichen Kreisen erklärt man, daß die Note der Alliierten den Eindruck erwecken wird, daß die Alliierten vollkommen einig seien und ohne Zögern noch Rücksichtnahme im Falle einer Weigerung Deutschlands handeln werden. Der Viererrat wird die Frist, welche Deutschland eingeräumt wird, morgen festsetzen. Sie wird zwischen fünf und acht Tagen schwanken, jedoch besteht die Tendenz, die Frist eher zu kürzen als auszudehnen. — Außerdem liegen noch folgende Telegramme zur Friedensfrage vor:

Genf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Havasdepesche meldet: Der Rat der Fünf hat die Gegenantwort an Deutschland Sonntag nachmittag in Druck geben lassen. Sofern noch Aenderungen vorgenommen werden, sollen diese in dem Nachtrag Aufnahme finden. Die Ueberreichung an die deutsche Delegation ist nunmehr ohne Verzögerung zu erwarten.

G. Weimar, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird die Antwortnote der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge heute Montag, 12 Uhr mittags in Versailles überreicht werden, falls nicht eine letzte unvorhergesehene Hinauszögerung des Termins eintritt. Die deutsche Friedensdelegation wird unter Führung des Grafen Rantzau am Dienstag abend bereits in Weimar erwartet. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Plenarsitzung der Nationalversammlung sich doch bis Ende dieser Woche verzögern wird. Nicht unwahrscheinlich wäre sogar eine noch weitere Verschiebung, falls die Antwort der Entente die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen läßt und nicht den Charakter eines Ultimatums hat. In diesem Falle dürfte die Nationalversammlung wahrscheinlich kein endgültiges Votum über die Antwortnote abgeben. Mit Entschiedenheit wird man aber darauf bestehen müssen, daß das Plenum Gelegenheit erhält, sich mit der Antwortnote der Entente zu beschäftigen, und daß es auch bei der Feststellung der Antwort auf diese Note gehört wird. Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Dienstag oder Mittwoch zu ihrer Fraktionssitzung zusammen. Die Ausschüsse beginnen ihre Arbeiten heute Montag.

Lugano, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Armeeleitung hat 120 000 Beurlaubte einberufen. Nach Mailänder Zeitungsmeldungen sollen italienische Maßnahmen gegen Deutsch-Oesterreich nicht vor dem 15. Juli beginnen.

Genf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche meldet offiziell die Verstärkung der Armeen der Alliierten in den besetzten Gebieten.

× Paris, 15. Juni. Der Oberste Blockaderat ist zusammengetreten, um die letzten Maßnahmen zu besprechen, die erforderlich würden, wenn Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichnet.

Trotzdem es uns nach allen bis jetzt bekanntgewordenen Meldungen als ziemlich sicher erscheint, daß die Antwort der Verbündeten im wesentlichen an den harten Bedingungen des ersten Entwurfes festgehalten wird, greift

große Unruhe in der französischen Presse

um sich wegen der zu erwartenden Abänderungen. So schreibt im „Echo de Paris" Pertinax, was man von der Antwort der Alliierten auf den deutschen Gegenvorschlag, welche am Montag überreicht werde, kenne, sei leider nicht beruhigend. Ein schwerer Fehler im ursprünglichen Entwurf vom 7. Mai sei gewesen, daß er den Fortbestand und die Entschlußkraft der Entente nicht genügend hervorhob. Die schwachen Klauseln über die Durchführung seien eine Schwäche im Entwurf gewesen. Dieser hauptsächliche Fehler sei jetzt nach wochenlangen Erörterungen noch schwerer geworden. Das Blatt fährt fort: „Was Polen anbelangt, nehmen wir die von Lloyd George vorgeschlagene Volksabstimmung an, indem wir uns bemühten, gewisse Garantien zu erhalten. Wurden die Artikel über die militärische Besetzung des linken Rhein-Ufers — es hat sich jemand im Viererrat gefunden, der sie vollständig unterdrücken wollte — etwas retouchiert? Wir werden ja sehen. In der Frage der Wiedergutmachungen (Commission des réparations) werden die Deutschen zu kontradiktorischer Debatte aufgefordert. Man erkennt ihnen das Recht zu, Vorschläge zu machen. Während sechs Monate nach Friedensschluß werden wir ein erbittertes Feilschen sich abspielen sehen."

Schließlich ist es leider angebracht, heute die am letzten Sonnabend vom Ausschuß der Gesellschaft der Nationen angenommenen vier Beschlußanträge in Erinnerung zu bringen, wonach erstens Deutschland in naher Zukunft in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen wird, zweitens aus dieser Tatsache heraus wirtschaftliche Einschränkungen, welchen Deutschland durch Vertrag unterworfen ist, verschwinden sollen, drittens die Sieger eine Herabsetzung ihrer Rüstungen unternehmen müssen, genau wie die Besiegten, viertens in den Ländern, welche Deutschland abgenommen werden, die deutschen Minderheiten dem Schutze der Liga der Nationen unterstellt werden. Trotz klarster Zusicherungen sperrte Clemenceau die Straße allen diesen Neuerungen nicht. Sind doch sogar die ursprünglich der deutschen Armee vorgeschriebenen Effektivbestände für eine gewisse Zeitdauer in unvorsichtiger Weise verdoppelt. Welches sind nun die Gefahren des so abgeänderten Vertrages?

In Anbetracht des Zusatzantrages, welcher im Kapitel Wiedergutmachung eingefügt wurde, braucht Deutschland seine Unterschrift unter den Vertrag nicht mehr zu verweigern, um seine zersetzenden Verhandlungen gegen unsre Allianz fortzuziehen. Erst in sechs Monaten wird der Vertrag vollständig sein. Schließlich wird Deutschland auf den Fuß juristischer Gleichberechtigung mit dem Sieger gestellt. Keine Befehle mehr an Deutschland, sondern Unterhandlungen. Keine besonderen Bündnisse mehr, sondern nur eine einzige erlaubte Gruppierung, nämlich die Gesellschaft der Nationen. Keine bedingungslosen Verpflichtungen Deutschlands mehr. Wenn man ihm sagen wird, du hast nicht abgerüstet, so wird es antworten können: Die mich betreffende Abrüstung ist ein Teil der allgemeinen Abrüstung. Kann man hoffen, daß bis Montag diese Gefahr abgewehrt wird? Wir wünschen es, ohne daran zu glauben. Wir wollen lediglich laut warnen."

Am bezeichnendsten in diesem vielverratenden Artikel ist für uns die Furcht des französischen Artikelschreibers vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, durch die er den ganzen Erfolg Frankreichs bedroht sieht. Für uns erhellt daraus deutlich, daß die einzige Möglichkeit, gegen Frankreich günstigere Bedingungen durchzudrücken, in unsrer sofortigen Aufnahme in den Völkerbund besteht. Auf ihr müssen wir bestehen, so gut wie auf unsern anderen Forderungen auf Abänderung des ersten Entwurfes.

Japanischer Einspruch

Rotterdam, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Japans Einspruchsrecht gegen einige Bestimmungen des Vertrages mit Deutschland wurden von den italienischen Delegierten unterstützt. Voraussichtlich werden die japanischen Einwendungen in einer Nachtragsnote zur Erledigung gebracht, da die Fertigstellung des Vertrags mit Deutschland nicht über das notwendige Maß verzögert werden soll.

Zürich, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen vom Sonntag sind Sonntag früh von neuem die Unterkommissionen zusammengetreten. Ihre Beratungen werden am Montag nachmittag noch nicht abgeschlossen sein. Andeutungen in den Pariser Sonntagszeitungen lassen annehmen, daß wichtige Materien territorialer und wirtschaftlicher Art zur Beratung gebracht worden sind, deren Neuaufrollung von Japan angeregt worden sei.

Die Einigkeit der Verbündeten

Rotterdam, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Die letzten Tage haben eine schwere Probe auf die Einigkeit der Alliierten gebracht. Die Gefahr ist überwunden. Deutschland wird der freiwilligen oder erzwungenen Annahme des Friedensvertrages nicht ausweichen können.

(Weiteres siehe auf Seite 2)

Tirols Schicksal und die Anschlußfrage

Von unserem ld.-Mitarbeiter

Wien, 12. Juni

Zu den krassesten Ungerechtigkeiten, die der den deutsch-österreichischen Delegierten in St.-Germain von der Entente vorgelegte sogenannte „Friedensvertrag" enthält, gehören die Verfügungen über die Verstümmelung Deutsch-Tirols durch Abtrennung seines südlichen Teiles zugunsten Italiens. Damit wird, wie gestern in einer feierlichen Protestkundgebung der Innsbrucker Landesversammlung von dem Landeshauptmann erklärt wurde, die Vernichtung des Landes in völkischer und wirtschaftlicher Beziehung, die Versklavung seiner Bürger dekretiert. Den Frieden mit dem italienischen Nachbar können nur Grenzen verbürgen, die den klar erkennbaren nationalen Linien folgen. Die Entente würde durch die Zuweisung Deutsch-Südtirols an Italien in Tirol eine Brandstätte schaffen, von der aus Ruhe und Friede jederzeit gefährdet wäre. Die Tiroler erklären die Verfügungen der Entente für unerträglich und undurchführbar und geloben, nicht zu rasten und zu ruhen, bis auch Tirol sein gutes Recht wird. Ueberflüssig, zu sagen, daß diese Erklärung des Landeshauptmanns mit großer Zustimmung aufgenommen wurde. Wer Tirol und seine Geschichte kennt, der weiß auch, daß das Gelöbnis der Tiroler Vertreter keine leere Phrase ist, sondern daß es erfüllt werden wird, bis dem Lande sein Recht wird.

Im Anschluß daran sei auf einen Artikel verwiesen, den der Unterstaatssekretär des Aeußern Pflügl in der „Reichspost" über die Tiroler Frage und über den Anschluß an Deutschland veröffentlicht. Nachdem der Verfasser die Notwendigkeit der Annäherung Italiens an Deutschland betont hatte, zwischen denen ein lebens- und entwicklungsfähiges Tirol die natürliche Brücke bildet, erklärt der Unterstaatssekretär, der der christlich-sozialen Partei angehört, daß die Durchführung des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland derzeit wohl kaum zu erwarten sei. Für diese Ansicht sprächen nicht nur die äußere Lage, sondern auch vielfach Erwägungen wirtschaftlicher und innerpolitischer Natur. Die radikalen, vielfach bolschewistischen Bestrebungen und Zustände in vielen Gauen des heutigen Deutschland widersprächen dem Ruhe- und Ordnungsbedürfnis der breiten und erdrückenden Masse der konservativ denkenden und fühlenden alpenländischen Bevölkerung und ließen es ihr ratsam erscheinen, in der Frage des Anschlusses eine mehr zuwartende Stellung einzunehmen. Die deutsch-österreichischen Alpenländer seien von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Durchführung des Anschlusses auf die Dauer nicht hintangehalten werden könne und nur eine Frage der Zeit sei. Dabei sehen die Tiroler und mit ihnen wohl auch die Mehrzahl unsrer Volksgenossen in den übrigen deutschen Alpenländern ihr natürliches und erstrebenswertes Ziel vor allem in dem Anschluß an das stammverwandte Bayern unter Wahrung weitester Selbständigkeit.

Herr Egon Pflügl ist, wie erwähnt, Unterstaatssekretär im Staatsamte des Aeußern, dem der Staatssekretär Dr. Otto Bauer als oberster Chef vorsteht. Der Standpunkt Bauers in der Anschlußfrage ist hier und in Deutschland jedermann bekannt, er deckt sich keineswegs mit den Anschauungen seines Unterstaatssekretärs. Tröstlich ist nur, daß am Ballplatze nicht Pflügl, sondern Bauer zu entscheiden hat.

Gescheiterter Kommunistenputsch in Wien

Die Wiener Kommunisten tragen sich, wie wir schon berichteten, mit Putschplänen. Der Versuch, auch in Wien die Räterepublik einzuführen, wurde am Sonntag trotz den Warnungen der sozialistischen Führer gemacht. Er führte, wie bei dem Stärkeverhältnis der Kommunisten zu den übrigen sozialdemokratischen Massen nicht anders zu erwarten war, zu einem Mißerfolg. Die Kommunistenversammlung, die vormittags vor dem Rathaus abgehalten wurde, dauerte eine Stunde. Dann begaben sich, wie das Wiener Korr.-Bureau mitteilt, 6000 Teilnehmer zur Polizeidirektion, wo eine Abordnung die Freilassung der seit gestern inhaftierten Kommunistenführer durchzusetzen versuchte. Polizei und Stadtschutzwache verhinderten den Zugang zur Polizeidirektion, stießen jedoch bei dem Versuche, einen andern Teil der Demonstranten auf dem Wege zum Polizeigefangenenhause aufzuhalten, auf Widerstand. Die Menge bewarf die Wache mit Eisenstücken und andern Wurfgeschossen und verletzte hierbei einen Polizeiinspektor schwer. Als nun Schüsse aus der Menge fielen, gab die Wache drei Luftsalven ab. Da die Demonstranten noch immer nicht zurückwichen, fiel eine scharfe Salve. Nunmehr zogen die Massen in einzelnen Gruppen auf Umwegen zum Polizeigefangenenhause, wo inzwischen die verhafteten Kommunisten größtenteils entlassen worden waren, während die Freilassung der übrigen bald darauf erfolgte. Nach den bisherigen Feststellungen wurden fünf Wachorgane mehr oder weniger schwer verletzt. Auf seiten der Demonstranten wurden 65 Personen verletzt, davon sieben oder acht tödlich. Gegen 7 Uhr abends begannen sich auch auf dem Schauplatz der Zusammenstöße die zurückgebliebenen Gruppen zu zerstreuen. Ein Teil zog nach dem Rathaus, vor dem er sich eine Zeitlang aufhielt, und löste sich schließlich auf. Allmählich wurden Wachen und Volkswehr bis auf einzelne Patrouillen eingezogen. Unter den Verletzten befinden sich acht Handelsangestellte, drei Schüler und zwei Invaliden. Einige schwer Verletzte sollen ihren Wunden erlegen sein. — Eine

Kundgebung in der Universität

hatte gleichfalls keinen Erfolg, da der Rektor noch zeitig eingriff:

T. Wien, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag wollte an der hiesigen Universität der bekannte Schauspieler Alexander Moissi Schriften revolutionären Inhaltes